Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7791**

16. Wahlperiode 16. 01. 2008

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/5211 –

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Effektive Rüstungskontrolle und Abrüstung sind zwei zentrale Grundpfeiler für eine friedliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit im internationalen Rahmen. Entsprechende Regelwerke und internationale Verträge haben in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag für die völkerrechtliche Regulierung der internationalen Beziehungen geleistet.

   Durch eine konsequente Abrüstungspolitik können die Mittel freigesetzt werden, die heute weltweit für eine nachhaltige Entwicklungs-, Klima- und Energiepolitik benötigt werden. Aufrüstung und Rüstungsmodernisierung bedeuten eine beispiellose Verschwendung volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ressourcen, die dringend beendet werden muss.

2. Die Suspendierung des Vertrages über konventionelle Rüstung in Europa (KSE-Vertrag) durch Russland, nachdem die NATO-Staaten weiterhin nicht bereit waren, den KSE-Anpassungsvertrag zu ratifizieren, ist nur ein weiteres Zeichen für die tiefe Krise, in der sich die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik insgesamt befindet. Hier – wie die Bundesregierung im Jahresabrüstungsbericht 2006 – nur von einer „gemischten Bilanz“ zu schreiben, bedeutet, die Tragweite der Krise zu unterschätzen. Weitere Verträge wie das Abkommen zur Ächtung von nuklearen Mittelstreckenwaffen (Null-Lösung) sind gefährdet, andere, wie der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, erodieren beständig. Das Risiko, dass wachsende politische Spannungen nicht zuletzt zwischen USA/NATO und Russland auch in militärische Konkurrenz umschlagen, wächst. Ein Umsteuern ist daher notwendig, um diese Gefahren abzuwenden und um zugleich neue Möglichkeiten der Entspannung und der internationalen Kooperation zu eröffnen.

3. Gerade die Staaten der NATO bzw. der Europäischen Union, die sowohl hinsichtlich der Massenvernichtungswaffen als auch im konventionellen Bereich über das modernste und größte Arsenal verfügen, bestimmen durch ihr Verhalten den zukünftigen Stellenwert von Rüstungskontrolle und Abrüstung in den internationalen Beziehungen. Doch die Staaten der NATO und der EU kommen der sich daraus ergebenden Verantwortung nicht nach, im Gegenteil: Mit Rüstungsausgaben in 2006 in Höhe von etwa 825 Mrd. US-Dollar zeichneten die NATO-Staaten laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) für etwa 68,5 Prozent der auf 1,2 Bill. US-Dollar geschätzten weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich.

   NATO- und EU-Mitgliedstaaten sind seit geraumer Zeit dabei, ihr Streitkräftepotenzial auf globale militärische Interventionsfähigkeiten um- und aufzurüsten. Die Atomwaffenstaaten Frankreich, Großbritannien und die USA verfolgen – wie auch Russland – entgegen dem Geist des Nichtverbreitungsvertrages eine Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale; die NATO insgesamt hält an der Legalität und Legitimität des Einsatzes von Atomwaffen fest.

4. Die derzeitige Bundesregierung hat es, wie ihre Vorgängerregierung, versäumt, der Rüstungskontrolle und Abrüstung qualitativ wie quantitativ einen neuen Schub zu geben. Zwar haben Bundesminister dieser Bundesregierung wiederholt betont, dass die Bundesregierung gerade hier neue Impulse für wichtig hält. In der Praxis – und dies wird auch in der Bilanz des Jahresabrüstungsberichts 2006 deutlich – widerspricht die Politik der Bundesregierung jedoch dieser Maßgabe:

   - Die Bundesregierung hält nach wie vor bedingungslos an der nuklearen Teilhabe im NATO-Bündnis fest und duldet die Lagerung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Staatsgebiet.
   - Die Bundesregierung hat es hingenommen, dass der 1999 im Rahmen der OSZE vereinbarte Anpassungsvertrag über konventionelle Rüstung in Europa (A-KSE-Vertrag) durch die NATO-Mitgliedstaaten nicht ratifiziert wurde. Erst als die russische Regierung damit drohte, ihre Umsetzung des Vertrags zu suspendieren, hat die Bundesregierung Schritte zur Rettung dieses Vertragswerks unternommen. Aber weiterführende Vorschläge über neue Schritte konventioneller Abrüstung bleiben Fehlanzeige.
   - Die Bundesregierung hat den US-amerikanischen Plänen zur Aufstellung eines neuen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien nicht unmissverständlich widersprochen, sondern lediglich die bessere Einbeziehung Russlands angemahnt. Sie hat es auch versäumt, dieses Thema im Rahmen der Europäischen Union auf die Tagesordnung zu setzen.
   - Die Bundesregierung ist im Bereich des Verbots von Kleinwaffenexporten oder des Verbots von Streumunition zwar aktiv geworden – nachdem andere Staaten und Nichtregierungsorganisationen (NROs) die Initiative ergriffen hatten –, lässt aber auch hier Konsequenz vermissen. Nach wie vor hält die Bundesregierung z. B. daran fest, gewisse Streumunitionstypen doch im Arsenal der Bundeswehr zu belassen und will sogar neue Munitionstypen entwickeln.
   - Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, Überlegungen anzustellen und Vorschläge zu präsentieren, wie neuen bedrohlichen und destabilisierenden Entwicklungen durch neue Rüstungstechnologien bzw. die ständigen Evolutionssprünge in der Informations- und Kommunikationstechnologie wirkungsvoll zu begegnen ist. Diese Entwicklungen stellen den bisher erreichten Stand der Rüstungskontrolle ständig in Frage und verlangen nach neuen Schritten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle.

5. Die Bundesrepublik Deutschland ist gefordert, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine friedenspolitische Wende in Europa und weltweit durchzusetzen. Das erfordert neue Initiativen auf internationalem Parkett ebenso wie die Wahrnehmung einer eigenen abrüstungspolitischen Vorbildfunktion. Tatsächlich praktizierte Rüstungskontrolle und Abrüstung in Deutschland verliehe der Bundesregierung internationale Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit. Nur eine solche unilaterale Reduzierung deutscher Rüstungsaufwendungen ist sicherheitspolitisch zu vertreten – Deutschland wird auf absehbare Zeit von niemandem militärisch bedroht – und sie wäre ein dringend gebotenes Signal, dass die gegenwärtige Stagnation des internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesses überwunden werden kann. Ein solcher Schritt darf sich nicht nur auf die Minderung deutscher Militärausgaben und die strikte Beschränkung der großen Rüstungsbeschaffungsprogramme beziehen, sondern sollte auch den Ausstieg aus den aufrüstungsfördernden Instrumenten globaler Machtprojektion (NATO Response Force, EU Battle Groups) einschließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich die Ratifizierung des Anpassungsabkommens zum KSE-Vertrag einzuleiten;
2. die Initiative für einen neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE III) zu ergreifen. Ein solches Abkommen könnte zunächst regeln, die bestehenden tatsächlichen Bestände an Waffensystemen und Soldaten als neue Höchstgrenzen festzulegen. Als nächster Schritt sollte eine Reduzierung der Waffenarsenale und Streitkräfte um ein Drittel zwischen den Vertragsstaaten vereinbart werden;
3. neue politische Initiativen zu entwickeln, um die Rolle der OSZE als Instrument der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa zu stärken. Damit würde zugleich die OSZE als zentrales Forum des Ost-West-Dialogs und der internationalen Kooperation aufgewertet werden;
4. das Abrüstungsthema auf dem nächsten NATO-Gipfel in Bukarest einzubringen und auf konkrete Schritte der Allianz zur Senkung der Rüstungslasten in allen Mitgliedstaaten zu drängen;
5. die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe zu beenden und keine Flugzeuge und Piloten der Bundeswehr für Einsätze mit Atomwaffen bereitzustellen sowie die entsprechende Vorbereitung auf solche Einsätze zu beenden;
6. der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass künftig jegliche Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Staatsgebiet untersagt wird und die derzeit in Deutschland stationierten Atomwaffen unverzüglich abzuziehen sind;
7. sich bilateral und innerhalb der NATO gegen die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Europa zu verwenden und sich weder bilateral noch innerhalb der NATO an der Entwicklung und dem Aufbau eines Systems zur Abwehr interkontinentaler ballistischer Raketen zu beteiligen;
8. den deutschen Verteidigungsetat ab 2009 um 10 Prozent abzusenken und frei werdende Gelder in Konversionsinitiativen und Abrüstungsmaßnahmen sowie in die Stärkung der Kapazitäten der zivilen Konfliktbearbeitung zu investieren;
9. sich für eine internationale Ächtung sämtlicher Typen von Streumunition und Landminen einzusetzen und diese unverzüglich aus den Waffenbeständen der Bundeswehr zu entfernen;

10. alles gegen eine weitere Militarisierung des Weltraums zu tun und sich für ein Zusatzprotokoll einzusetzen, welches auch den temporären Aufenthalt von Waffensystemen im Weltraum untersagt, sowie sich noch stärker dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz Verhandlungen über ein Abkommen zur Verhinderung der Stationierung von Waffen im Weltraum aufgenommen werden;
11. durch die rechtsverbindliche Umsetzung der bislang nur politisch verbindlichen Entscheidungskriterien und Maßstäbe des EU-Verhaltenskodex für konventionelle Waffenausfuhren und einen unverzüglichen Stopp der Gewährung von Staatsbürgschaften für Rüstungsexportgeschäfte die weltweite Verbreitung deutscher Rüstungstechnologie drastisch zu erschweren;
12. eine unabhängige Expertengruppe zu berufen, die für die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die Rüstungskontrolle und Rüstungsminderung systematisch untersucht und die Vorschläge unterbreitet, wie durch präventive Maßnahmen der Abrüstungsprozess gestärkt werden kann.

Berlin, den 8. Januar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333